
Die neue Türkei

Albert Rohan*

Wer heute in die Türkei reist und dabei auch Städte jenseits des kosmopolitischen Istanbul und der Touristenzentren an der Meeresküste besucht, wird feststellen, daß sich das Land in den vergangenen Jahren grundlegend verändert hat. Ausgangspunkt dieser Transformation war die Konkretisierung der türkischen Beitrittsperspektive zur EU vor rund einem Jahrzehnt. Die Notwendigkeit einer Angleichung der Türkei an europäische Standards ermöglichte es der neuen Regierung unter Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan, grundlegende legislative Reformen vorzunehmen, die Demokratisierung des Landes voranzutreiben und die erdrückende Vormachtstellung des Militärs und der kemalistischen Strukturen in Justiz und Bürokratie aufzuweichen. Dieser Prozeß verlief nicht ohne Schwierigkeiten, er stieß auf beträchtliche Widerstände und ist noch keineswegs abgeschlossen. Dennoch ist die türkische Gesellschaft heute offener und liberaler als je zuvor. Themen wie das komplexe Kurdenproblem oder die Frage des armenischen Genozids 1915, die noch vor wenigen Jahren strenge Tabus darstellten, können heute ohne Furcht vor strafrechtlicher Verfolgung diskutiert werden. Die türkische Wirtschaft hat sich nach der Finanzkrise des Jahres 2001 mit Hilfe des Internationalen Währungsfonds rasch konsolidiert und nimmt seither einen dynamischen Aufschwung. Der früher auf Istanbul und die westlichen Regionen beschränkte Wohlstand dringt allmählich in die Tiefe des Landes vor und erfaßt die religiös konservative Mittelklasse Anatoliens, die breite Wählerbasis der regierenden Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP). Allen Umfragen zufolge ist die türkische Gesellschaft insgesamt nicht religiöser geworden. Nur üben die Gläubigen ihre Religion heute offener und mit größerer Selbstverständlichkeit aus, als dies in früheren Zeiten der Fall war. Auch tut die Landflucht der vergangenen Jahre das ihre, um Schleier tragende Frauen in den großen Städten sichtbarer zu machen als bisher. Religiöse Praktiken scheinen sohin einen breiteren Raum im täglichen Leben vieler Türken einzunehmen, das säkulare System der türkischen Republik wird jedoch von niemand in Frage gestellt.

* Mitglied der Unabhängigen Türkei-Kommission

Gleichzeitig mit der inneren Konsolidierung hat sich die Türkei nach außen geöffnet. Auf der Basis freundschaftlicher Beziehungen mit den Nachbarn, einer aktiven Außenpolitik und einer beachtlichen Offensive der türkischen Wirtschaft in den umliegenden Ländern wurde die Türkei zu einer wichtigen und angesehenen Regionalmacht. Mit der Aufnahme in die G20 hat sie auch in der Weltpolitik den ihr zukommenden Platz erhalten.

Das ohnedies nicht geringe Selbstbewußtsein der Türken wurde durch diese Erfolge sicher noch weiter gestärkt. Vor allem fühlen sie sich nicht mehr als Bittsteller vor der Türe in die EU, denen der Zugang von einigen europäischen Regierungen verwehrt wird. Der Beitritt ist weiterhin Ziel der türkischen Politik, nur wird er angesichts der gemachten Fortschritte und der gestärkten Position der Türkei heute als nicht mehr so dringend angesehen wie noch vor einigen Jahren.

Innenpolitische Turbulenzen

Die innenpolitischen Turbulenzen der letzten Jahre – eine Putsch-Drohung des Generalstabs der türkischen Streitkräfte 2007, der Versuch, die Wahl Abdullah Güls zum Staatspräsidenten zu verhindern, Verschwörungen zum Sturz der Regierung und der Antrag des Generalstaatsanwalts an den Verfassungsgerichtshof 2008, die regierende AKP wegen angeblicher Verstöße gegen das säkulare Prinzip zu verbieten (der Antrag wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt) – sind Teil des Machtkampfes zwischen dem kemalistischen Establishment und der modernisierenden Regierung von Ministerpräsident Erdogan. Der Widerstand der um ihre Vormachtstellung kämpfenden Strukturen war auch einer der Gründe, weshalb der zunächst so dynamische Reformprozeß nach 2006 fast zum Erliegen kam. Heute ist die alte Garde klar auf dem Rückzug. Vor allem das Militär, in vergangenen Jahrzehnten die angesehenste staatliche Institution, hat viel von seinem Einfluß verloren. Bis die Streitkräfte völlig unter die Autorität der Regierung gestellt sind, so wie dies in westlichen Demokratien üblich ist, wird allerdings noch einige Zeit vergehen.

Das erfolgreiche Referendum über insgesamt 26 Verfassungsänderungen im vergangenen September war ein wichtiger Schritt nach vorne. Zum einen wurde die Militärgerichtsbarkeit weiter eingeschränkt, zum anderen werden Veränderungen im Richterkollegium des Verfassungsgerichtshofs möglich, der sich bisher als größtes Hindernis für grundlegende Reformen erwiesen hat. Gerade dieses Referendum und die erbittert geführte Kampagne davor hat die Polarisierung in der politischen Landschaft der Türkei gezeigt. Zwischen den Fronten stehen die gebildete Mittelklasse in Istanbul und den anderen großen Städten sowie die überaus aktive türkische Zivilgesellschaft. Zunächst gaben sie Erdogan und seiner AKP ihre Unterstützung, da dies der einzige Weg war, um die Transformation der Türkei auf dem Weg in die EU voranzutreiben. Inzwischen hat in diesen Kreisen eine gewisse Skepsis Platz gegriffen. Viele werfen dem Ministerpräsidenten autoritäres Gehaben, politischen Opportunismus und Einäugigkeit vor, wenn es etwa um die Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen durch Israel in Gaza auf der einen Seite und jener durch muslimische Staaten wie Sudan unter Präsident Omar al-Baschir auf der anderen geht. Allerdings räumen auch diese Kritiker ein, daß die Türkei unter Führung Erdogans in den vergangenen acht Jahren einen kaum erwarteten Aufschwung genommen hat.

Eines der Probleme der türkischen Innenpolitik besteht in diesem Zusammenhang darin, daß es keine ernst zu nehmende Oppositionspartei gibt. Die alte Republikanische Volkspartei (CHP) des Staatsgründers Mustafa Kemal Atatürk hat durch ihre Beton-Opposition und die Verweigerung jeglicher Kooperation weitgehend an Glaubwürdigkeit eingebüßt und die Partei der Nationalen Bewegung (MHP) vertritt einen selbst für die Türkei unerträglich gewordenen Nationalismus. Einige hoffen, daß sich die CHP nach ihrem kürzlich stattgefundenen Führungswechsel zu einer echten sozialdemokratischen Partei entwickeln und den Unzufriedenen in der urbanen Mittelklasse eine politische Heimat bieten könnte. Bis dahin wird Erdogan die Politik der Türkei weiter beherrschen. Falls nicht unerwartete Entwicklungen eintreten, ist damit zu rechnen, daß die AKP auch die nächsten Parlamentswahlen im Frühjahr 2011 gewinnen wird. Für die Zeit danach hat Erdogan eine neue, moderne Verfassung angekündigt, durch die das unter der Militärdiktatur 1982 verabschiedete derzeitige Dokument abgelöst werden soll. Das Referendum hat gezeigt, daß die Zeit hierfür reif ist, die Menschen in der Türkei die Veränderungen wünschen und die zu erwartenden Widerstände daher überwindbar sind.

Die ungelöste Kurdenfrage

Innerer Friede und Stabilität der Türkei werden in hohem Maße von der Lösung des Kurdenproblems abhängen. Die Anzahl der in der Türkei lebenden Kurden wird mit rund 11 Millionen geschätzt, etwa zwei Drittel von ihnen sind im ärmlichen Osten und Südosten Anatoliens angesiedelt, ein Drittel in den großen Städten, vor allem in Istanbul, Izmir und Ankara. Genauere Aussagen sind schwer zu treffen, da eine Verschmelzung mit ethnischen Türken keineswegs unüblich ist. Seit der Staatsgründung vor fast 90 Jahren galt der Grundsatz, daß alle Bürger der Republik Türken sind, die Existenz von Minderheiten wurde geleugnet, die Verwendung der kurdischen Sprache unter Strafdrohung gestellt. Der Grund war die latente Angst vor einem eigenen Kurdenstaat auf türkischem Boden, wie er in dem – nie in Kraft getretenen – Vertrag von Sevres 1920 tatsächlich vorgesehen war. Im übrigen ist sich die Türkei mit den benachbarten Ländern Irak, Iran und Syrien, die ebenfalls über kurdische Minderheiten verfügen, darin einig, daß eine kurdische Staatsgründung zu verhindern sei. In der Türkei war die Kurdenfrage bisher ein Tabu und die terroristischen Anschläge der verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) wurden ausschließlich als Sicherheitsproblem angesehen, mit dem das Militär und nicht die Politik fertig zu werden hatte.

In den letzten Jahren hat sich auch in dieser Frage viel geändert. Vor allem hat die Regierung Erdogan erkannt, daß dieses für die Türkei so entscheidende Problem nur mit politischen Mitteln gelöst werden kann. In einer historischen Rede im Sommer 2005 in Diyarbakir räumte Erdogan ein, daß der Staat »Fehler und Sünden« gegenüber seinen kurdischen Bürgern begangen habe. Gemeinsam mit der Weltbank wurde ein Programm zur Armutsbekämpfung im Südosten eingeleitet und der Ministerpräsident verkündete eine »Kurden-Initiative«, eine demokratische Öffnung gegenüber der kurdischen Minderheit. In der Praxis werden diese Bemühungen allerdings oft durch bürokratische Schikanen erschwert. Ebenso aber auch durch die blutigen Anschläge der PKK, die den nationalistischen Kreisen in der Türkei immer wieder Auftrieb geben und zu brutalen Anti-Terror-Aktionen der Sicherheitskräfte führen.

Immerhin wurde einiges erreicht. So wurde im Januar 2009 ein eigener 24-Stunden-Fernsehsender in kurdischer Sprache eingerichtet, bei dessen Eröffnung der Ministerpräsident sogar einen kurdischen Satz sprach, etwas, das noch vor einigen Jahren undenkbar gewesen wäre. Auch gibt es jetzt private kurdische Sprachzentren – die lokale Nachfrage hält sich allerdings in Grenzen – und die Verwendung der kurdischen Sprache in den kurdischen Gebieten ist weitgehend legitimiert. Daß noch viel mehr und all dies rascher geschehen sollte, liegt auf der Hand. Ebenso, daß die Regierung einen Dialog mit den Kurden führen muß.

Wer aber vertritt die kurdischen Bürger in der politischen Auseinandersetzung? In den etablierten Parteien, vor allem der AKP, sind zahlreiche kurdische Abgeordnete zu finden. Hinzu kommen die im Parlament vertretene Kurdische Partei für Frieden und Demokratie (BDP) und die vor wenigen Jahren gegründete Sammelorganisation »Demokratischer Gesellschaftskongreß«, welcher Vertreter politischer Parteien, Nichtstaatlicher Organisationen sowie Einzelpersonen angehören. Die PKK dürfte über rund 5.000 Kämpfer verfügen – zum Teil halten sie sich in den Bergen des nördlichen Irak auf –, die unter den Kurden in den ländlichen Gegenden der Türkei beträchtliche Unterstützung genießen. Darüber hinaus scheint der lebenslang inhaftierte PKK-Führer Abdullah Öcalan aus seiner Zelle weiterhin die Fäden zu ziehen, zumindest was die Operationen der PKK betrifft. Ebenso unklar ist, welche die gemeinsamen Ziele der Kurden sind. Eine Lostrennung von der Türkei und einen eigenen Staat dürfte nur eine kleine radikale Minderheit anstreben. Viele sprechen von einer »demokratischen Autonomie«, wobei offensichtlich eine territoriale Selbstverwaltung der Kurdengebiete gemeint ist. Angesichts der zentralistischen Verwaltungsstruktur der Türkei wird die Erfüllung dieses Wunsches allerdings nicht so leicht zu bewerkstelligen sein. Auch wäre das Konzept für die vielen in den Großstädten lebenden Kurden nur von geringer Bedeutung. Alle wünschen sich jedoch verfassungsmäßige Garantien für den vollen Sprachgebrauch in Erziehung, Medien, vor staatlichen Behörden und im öffentlichen Leben. Weiters die Möglichkeit, kulturelle Traditionen und die kurdische Identität unbehindert ausleben zu können. Schließlich müßte die in der Verfassung enthaltene ethnische Definition der türkischen Staatsbürgerschaft durch eine neutrale ersetzt werden. Erdogan und seine Regierung sollten diese und andere legitime Anliegen der kurdischen Bürger möglichst rasch erfüllen und sich hierbei auch nicht durch die zu erwartenden Querschüsse radikaler Kräfte auf beiden Seiten aus dem Konzept bringen lassen.

Neue Rolle der Türkei in der Region

Nach der Staatsgründung im Jahre 1923 war die türkische Republik jahrzehntelang ein nach innen gekehrtes Land. Vor allem galt es, die von der Staatsführung angeordnete Revolution und den Übergang von einem eurasischen, muslimischen Vielvölkerreich zu einem vergleichsweise kleinen, westlichen Nationalstaat abzusichern. Die Religion wurde aus dem öffentlichen Leben verbannt und das Militär übernahm die Rolle eines Garanten des republikanischen und laizistischen Systems. Im Unabhängigkeitskampf nach Zusammenbruch des Osmanischen Reiches war es Atatürk nur durch sein militärisches und diplomatisches Geschick gelungen, die Besetzung des Landes durch die Großmächte und durch Nachbarn wie Griechenland rückgängig zu machen und die im Vertrag von Sevres vorgesehene Zerstückelung der Türkei zu

verhindern. Erst mit dem Vertrag von Lausanne im Jahr 1923 war die Türkei in ihren heutigen Grenzen gesichert. All diese Erfahrungen hinterließen in der türkischen Gesellschaft das an Paranoia grenzende Gefühl, von Feinden umgeben zu sein, deren eigentliches Ziel die Aufteilung des Landes sei.

In den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts führte Ministerpräsident (und später Präsident) Turgut Özal erstmals eine Öffnung des Landes herbei, und zwar vor allem durch die Liberalisierung der türkischen Wirtschaft. 10 Jahre später gelang es dem damaligen Außenminister Ismail Cem gemeinsam mit seinem griechischen Amtskollegen George Papandreu, die historisch belasteten Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu normalisieren. Der eigentliche Architekt der neuen türkischen Regionalpolitik ist jedoch Ahmet Davutoglu, zunächst außenpolitischer Berater des Ministerpräsidenten und seit 2009 türkischer Außenminister. Sein Konzept beruht auf einer Politik der guten Nachbarschaft (»Null Probleme«), einer aktiven Vermittler-tätigkeit der Türkei in regionalen Konflikten und der wirtschaftlichen Durchdringung des benachbarten Raums. Tatsächlich gelang es, neben Griechenland auch mit so schwierigen Nachbarn wie Syrien, Iran und Irak eine freundschaftliche Zusammenarbeit zu entwickeln. Am spektakulärsten ist wohl die Verbesserung der Beziehungen der Türkei mit der kurdischen Region im nördlichen Irak. Früher wurde die Region als Bedrohung gesehen, heute profitieren beide Seiten von der in den letzten Jahren entwickelten Partnerschaft. Gegenseitige Ministerbesuche sind an der Tagesordnung, die Türkei hat in Erbil ein Konsulat eröffnet, türkische Unternehmer beherrschen den Markt und die Türkei stellt für die Kurdenregion das Tor zum Westen dar. Im übrigen erleichtert diese Zusammenarbeit der Türkei den Kampf gegen die PKK, und die Entwaffnung der in Nordirak stationierten Militanten scheint näherzurücken.

Die beiden Ausnahmen von dieser positiven Entwicklung sind Zypern und Armenien. Der »Annan-Plan« für eine Lösung des Zypernproblems wurde zwar von der türkischen Regierung unterstützt und von der türkisch-zypriotischen Gemeinschaft in einer Volksabstimmung 2004 angenommen, von der griechisch-zypriotischen Gemeinschaft jedoch abgelehnt. Seit Aufnahme des geteilten Zyperns in die EU sind die Chancen für eine umfassende Lösung beträchtlich gesunken. Mit Armenien konnte die Türkei im Oktober 2009 zwei Protokolle unterzeichnen, welche die Öffnung der Grenze, die Normalisierung der Beziehungen und die Errichtung einer gemeinsamen Historikerkommission zur Untersuchung der Geschehnisse des Jahres 1915 vorsahen. In beiden Ländern kam es zu lautstarken Protesten nationalistischer Gruppen. Schließlich mußte diese vielversprechende Initiative vorläufig auf Eis gelegt werden, da die türkische Regierung die Ratifizierung der Protokolle über Druck Aserbaidschans von Fortschritten im Berg-Karabach-Konflikt abhängig machte.

Die Bemühungen der Türkei um Friedensschaffung in der weiteren Region sind ebenso intensiv wie vielfältig. So vermittelte sie zwischen Serbien und Kroatien, Syrien und Israel, Hamas und Israel, Fatah und Hamas, Schiiten und Sunniten in Irak. Weiters wurden eine Stabilitäts- und Kooperationsplattform für den südlichen Kaukasus vorgeschlagen, ein trilateraler Prozeß mit Pakistan und Afghanistan eingeleitet und seit 2003 Außenministertreffen der Nachbarstaaten des Irak mit dem Ziel abgehalten, einen Zerfall dieses Staates zu verhindern. Am umstrittensten – vor allem in Washington – ist wohl die türkische Politik gegenüber Iran. Die Regierung in Ankara versichert glaubhaft, daß die säkulare Türkei als unmittelbarer Nachbar Irans in besonderem Maße daran interessiert sei, Atomwaffen in den Händen der Mullahs zu

verhindern. Nur meint sie, daß dies nicht durch Zwang, sondern ausschließlich durch diplomatische Mittel erreicht werden kann. Daher auch die gemeinsam mit Brasilien in Teheran ausgehandelte Vereinbarung, welche die Anreicherung von iranischem Uran außerhalb des Landes vorsah. Von türkischer Seite wird betont, daß dieser Deal den von Präsident Obama selbst festgelegten Bedingungen entspricht und seine Ablehnung durch die USA daher unverständlich sei.

Der politische Aktivismus der Türkei in der Region hat ihr viel Anerkennung gebracht, die konkreten Erfolge sind allerdings bescheiden. Der wohl wichtigste und vielversprechendste Prozeß, jener zwischen Israel und Syrien, wurde knapp vor seinem Abschluß durch die Gazaoffensive Israels 2008 zunichte gemacht. Seither dürfte sich die Türkei durch die anti-israelische Rhetorik des Regierungschefs als Vermittler selbst aus dem Spiel genommen haben. Zu Hause, in der Türkei, ebenso wie in den arabischen Ländern ist diese Haltung allerdings überaus populär und Erdogan gilt im arabischen Raum als die angesehenste politische Persönlichkeit.

Ein wesentlicher Faktor der türkischen Regionalpolitik sind die wirtschaftlichen Aktivitäten in jenen Ländern, mit denen die Türkei durch geographische Nähe, historische Erfahrungen und ethnische, sprachliche oder religiöse Gemeinsamkeiten verbunden ist. Türkische Unternehmen sind am Balkan, in Zentralasien, dem südlichen Kaukasus und im Mittleren Osten aktiv, mit Staaten wie Syrien, Libanon und Jordanien wurden Freihandelsabkommen abgeschlossen und der Handelsverkehr mit der Region ist sprunghaft angestiegen. Die Liberalisierung der Visumpflicht führte zu einem Boom im regionalen Tourismus, der für die Türkei überaus profitabel ist, darüber hinaus aber auch gewisse Einflußmöglichkeit auf die Nachbarschaft eröffnet. Immerhin besuchen neben 4 Millionen Deutschen und 2 Millionen Russen jährlich auch 1 Million Iraner die freizügigen Strände und Hotels der Türkei. Ähnliches gilt für das türkische Fernsehen, dessen westliche Programme und die zahlreichen »soap operas« in den streng religiösen Ländern der weiteren Nachbarschaft mit größtem Vergnügen verfolgt werden.

Eine widerstandsfähige Wirtschaft

Wie alle Länder war auch die Türkei durch die globale Wirtschaftskrise der letzten Jahre ernsthaft betroffen. Allerdings erwies sich die türkische Wirtschaft als erstaunlich widerstandsfähig und konnte sich sehr rasch erholen. Positiv wirkte sich hierbei aus, daß der türkische Bankensektor nach der hausgemachten Finanzkrise des Jahres 2001 konsolidiert worden war und diesmal keine einzige türkische Bank notleidend wurde. Auch hat die Perspektive eines EU-Beitritts der Türkei zu einem dynamischen Wirtschaftsaufschwung verholfen, der Zufluß ausländischen Kapitals stieg um das Zwanzigfache an und veraltete Industrie- und Unternehmensstrukturen wurden modernisiert. Ungefähr die Hälfte des Warenaustausches erfolgt mit der EU, die Exporte in die neuen Märkte der Nachbarschaft entwickeln sich durchaus günstig. Sorgen bereiten demgegenüber die relative hohe Arbeitslosigkeit von 12%, die regionalen Ungleichgewichte und der noch immer zu große Landwirtschaftssektor. Dennoch herrscht unter den türkischen Wirtschaftstreibenden eine optimistische Stimmung. Sie weisen darauf hin, daß im Gegensatz zu vielen anderen Ländern weder der türkische Staat noch die privaten Haushalte hoch verschuldet sind und der Konsum daher weiterhin die Wirtschaft ankurbelt. Die staatliche Verschuldung liegt bei 43% des BIP,

das Budgetdefizit um 4% und das erwartete Wirtschaftswachstum für 2010 wurde vom Internationalen Währungsfonds mit 7,8% angesetzt. Damit liegt die Türkei wie schon vor der Krise wieder in der Spitzengruppe wachsender Volkswirtschaften und der Optimismus der türkischen Unternehmer ist durchaus verständlich.

Die Europäische Union hat ihren Glanz verloren

Im Dezember 1999 verlieh der Europäische Rat der Türkei den Status eines Beitrittskandidaten und beschloß, daß die Türkei »auf der Grundlage derselben Kriterien, die auch für die übrigen beitrittswilligen Länder gelten, Mitglied der Union werden soll«. Als die Beitrittsverhandlungen sechs Jahre später eröffnet wurden, stellte der Rat unmißverständlich fest, daß »das vereinbarte Ziel der Verhandlungen der Beitritt« ist. In der Türkei ging man daher verständlicherweise davon aus, daß der Prozeß wie in früheren Beitrittsrunden verlaufen und das Ergebnis ausschließlich von der Erfüllung sachlicher Kriterien abhängen würde. Tatsächlich aber wurde von EU-Seite ein Verhalten an den Tag gelegt, das in völligem Widerspruch zu den eigenen, einstimmig gefaßten Beschlüssen stand. So wurden Bedingungen für Öffnen und Schließen der Verhandlungskapitel eingeführt, permanente Ausnahmeregelungen für die Freizügigkeit der türkischen Arbeitskräfte, landwirtschaftliche Subventionen und Strukturfonds in Aussicht genommen, Österreich und Frankreich kündigten Volksabstimmungen an – ein Novum für die Aufnahme neuer Mitglieder – und mehr als die Hälfte der insgesamt 35 Verhandlungskapitel blieben überhaupt gesperrt. Größtenteils erfolgte diese Blockade wegen Zypern, in einigen Fällen durch Frankreich, mit der eigenartigen Begründung, daß die betreffenden Themen zu eng mit dem Beitritt verbunden seien. Weiters propagierten europäische Politiker eine »privilegierte Partnerschaft« als Alternative zur Mitgliedschaft, ein Konzept, welches von der türkischen Regierung mit Hinweis auf den privilegierten Status der Türkei als assoziiertes Mitglied seit 1963 und Partner einer Zollunion seit 1996 als inhaltsleer abgelehnt wurde. Schließlich sprach sich der französische Staatspräsident öffentlich gegen eine türkische EU-Mitgliedschaft aus, selbst wenn sie alle erforderlichen Bedingungen erfüllen sollte. Trotz dieser Querschüsse gehen die Beitrittsverhandlungen langsam weiter, 13 Kapitel wurden geöffnet, eines abgeschlossen. Falls die Blockade durch Zypern und Frankreich nicht aufgehoben wird, könnte der Prozeß allerdings in ein oder zwei Jahren mangels Verfügbarkeit von Verhandlungskapitel zum Stillstand kommen.

Es ist nicht verwunderlich, daß dieses Verhalten in der Türkei Enttäuschung, Frustration und das Gefühl der Zurückweisung auslöste. Ebenso wenig, daß die EU in der türkischen Öffentlichkeit weitgehend ihre Glaubwürdigkeit eingebüßt hat. Während 2004 rund 75% der Türken einen EU-Beitritt unterstützten, sind es heute nur mehr 38%. Dadurch wurde auch der Druck auf die Regierung geringer, die für einen Beitritt erforderlichen schwierigen und oft kostspieligen Reformen durchzusetzen. Neben den innenpolitischen Turbulenzen war dies ein wesentlicher Grund, weshalb sich der Reformprozeß einige Jahre lang so verlangsamt hat.

Im Gegensatz zur öffentlichen Meinung, in der die Frage einer EU-Mitgliedschaft kaum mehr Emotionen erweckt, versichert die Staatsspitze bei jeder sich bietenden Gelegenheit, daß der Beitritt nach wie vor eine Priorität der türkischen Außenpolitik sei. Die Regierung beschloß bereits vor einiger Zeit, alle Verhandlungskapitel intern zu öffnen, um die Übernahme des Rechtsbestandes der EU zu beschleunigen. Dieser

Prozeß soll 2013 abgeschlossen werden. Weiters wurde eine »Reform-Überwachungsgruppe« unter Vorsitz des Ministerpräsidenten eingesetzt, um den Reformprozeß voranzutreiben und jedem Provinzgouverneur wurde ein für EU-Fragen zuständiger Stellvertreter beigegeben. Es ist schwer zu beurteilen, wie wirkungsvoll diese Maßnahmen in der Praxis sind, doch zeigen sie, daß es die Regierung mit ihren EU-Ambitionen ernst meint. Niemand weiß, wie lange das Beitrittsverfahren dauern und welches das Ergebnis sein wird. Der Prozeß selbst hat jedoch als Orientierung und Motivation für die Transformation der Türkei in keiner Weise an Bedeutung verloren.

Es wäre falsch zu glauben, daß sich die Türkei vom Westen abgewandt hat und nunmehr einen neuen Platz irgendwo im Osten sucht. Den türkischen Eliten ist durchaus bewußt, daß es für ihr Land keine ernsthafte Alternative zur Anbindung an Europa gibt. Auch die Rolle als wichtiger NATO-Partner wird von niemand in Frage gestellt. Allerdings hat sich die Türkei gegenüber ihrem natürlichen Umfeld geöffnet und betrachtet ihre geopolitische Position nicht mehr als Gefahr wie in früheren Zeiten, sondern als großen Vorteil, den sie sich zu Nutzen macht. Ihre Funktion als unverzichtbare Drehscheibe für die Energieversorgung Europas ist anerkannt, in der Region hat sie durch eine ebenso aktive wie konstruktive Politik Gewicht und Ansehen erlangt und auch in der Weltpolitik tritt die Türkei heute, gestützt auf zunehmende innere Stabilität und eine dynamische Wirtschaft, als eigenständiger Akteur auf. Der in Istanbul oft zu hörende Satz, daß die EU die Türkei mehr braucht als umgekehrt, mag zwar hochmütig klingen, hat jedoch einiges für sich.